

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Verordnungsbehörden, hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 M bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 M; durch die Post monatlich 2.60 M freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Kellame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Horn, Oberseina, Niederseina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendor, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Marktstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 282

Donnerstag, den 4. Dezember 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Die Stadtverordneten von Pulsnitz und die Gemeindeverordneten von Niederseina
haben beschlossen, den von der Niederseinaer Dorfstraße nach Pulsnitz führenden Weg — Flur-
stück Nr. 479 — (sogenannte alte Straße) bis zum Ausstreifen auf den von Oberseina nach
Pulsnitz führenden Kommunikationsweg in Pulsnitz als öffentlichen Weg einzuziehen, ihn aber
für die Anlieger als Wirtschaftsweg weiter bestehen zu lassen. Nach § 14 Absatz 3 des Gesetzes
über die Wegebaupflicht vom 12. Januar 1870 wird dies hierdurch mit dem Bemerken bekannt
gemacht, daß Widersprüche gegen die beabsichtigte Wegeeinziehung innerhalb 3 Wochen, vom
Tage des Erscheinens der Bekanntmachung ab gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft anzu-
bringen sind.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 1. Dezember 1930.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Gerbereibesizers **Bernhard Richard
Suhle in Pulsnitz** wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Pulsnitz, den 1. Dezember 1930.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg haben im

Der Reichsfinanzminister begründet den Etat

Minderereinnahmen auf 1 Milliarde geschätzt — Die Arbeitslosenfürsorge auf eigene Füße gestellt
Neue Lasten für das Volk — Höherer Schrauben der Steuern unmöglich
Die deutsche Protestnote an den Völkerbund — Die österreichische Regierung gebildet

Reden auf Schallplatten.

Die Reichstagsitzung wurde ohne Zwischenfall eröffnet.
Die Regierung war nur durch den Reichsfinanzminister und den
Reichsfinanzminister und zahlreiche Referenten vertreten.
Die Fraktionen des Reichstages, die sich bereits zum Teil
mit der Notverordnung beschäftigt haben, sind durch zahl-
reiche Bestimmungen überrascht. Das gilt auch
von den hinter der Regierung stehenden Fraktionen, vor
allem auch von der Deutschen Volkspartei, die in
einer Erklärung ausdrücklich zum Ausdruck bringt, daß sie
wohl gegen die Bestimmungen über die Tabaksteuer, gegen
die Zollerhöhungen wie auch gegen den ganzen Teil der
Notverordnung eingestellt sei, der sich auf die sogenannte
Berichtsreform bezieht.
Im Reichstagsitzungsraum selbst waren vor dem Platz
des Präsidenten und vor der Rednertribüne Mikrophone
aufgestellt, die aber zunächst nur für den inneren Ge-
brauch des Reichstages bestimmt sind. Man will eine Ueber-
tragung eines Teiles der Reden auf Schall-
platten vornehmen, damit die Abgeordneten sich über die
Wirkung der Verhandlungen durch Wiedergabe der Auf-
nahmen informieren können. Je nach der Wirkung dieser
Aufnahmen soll dann über die Uebertragung einzelner Teile
der Reichstagsitzung durch Rundfunk entschieden
werden.

Der Reichsfinanzminister begründet den Etat.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom Mittwoch, dem 3. Dezember.

Reichstagspräsident Loh eröffnete die Sitzung um 3 Uhr.
Zunächst erteilte der Präsident dem Abg. Sorgler (Komm.)
das Wort, der sich über die überaus starke Absperrung des Ge-
landes um den Reichstag beschwerte. Er beantragte im Namen
seiner Partei, die Schupo sofort zurückzuziehen. Da Widerspruch
im Hause erhoben wurde, konnte der Antrag nicht sofort behandelt
werden. Die Aussprache eröffnete der Reichsfinanzminister
Dietrich mit seiner Etatrede.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Ausgaben
im ordentlichen Etat um 1,153 Millionen und im außerordent-
lichen um 272 Millionen verringert worden seien. Er ging dann
auf die Notverordnung, auf die Kürzung der Beamtengehälter, auf
die Einnahmen ein, die durch die letzte Notverordnung vom
Sommer erschlossen wurden, auf die Ueberweisung an Länder und
Gemeinden, die infolge der Steuerausfälle stark gekürzt seien, und
schließlich auf die

Selbständigmachung der Arbeitslosenfürsorge.

Durch die Erhöhung der Beiträge auf 6 1/2 v. H. stünden
für das nächste Jahr 2,136 Millionen Mark zur Verfügung. Diese
Summe differiere nur wenig gegen den Aufwand des letzten
Jahres, zu welchem das Reich ständig herangezogen worden sei.
Diese Heranziehung sei der Hauptgrund der ganzen Verwirrung
des laufenden Jahres gewesen.

Das vergangene Jahr werde infolge der Aus-
gaben für die Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge
usw. mit einem Defizit von ungefähr 300 Millionen
Mark abschließen. Der Einnahmerückgang werde für
das ganze Jahr auf rund 900 Millionen M ge-
schätzt.

Im neuen Etat seien nach Möglichkeit die Gefahrenmomente
beseitigt. Im Etat seien nur 420 Millionen für die
Arbeitslosenunterstützung eingesetzt worden und im übrigen

sei die Selbständigkeit der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte
Beiträge garantiert. Das Einkommen an Steuern, Zöllen und
sonstigen Abgaben sei um 1,145 Millionen gegenüber dem Soll
von 1930 heruntergeschätzt.

Bei den neuen Einnahmen habe man
nach Möglichkeit jede Belastung der Produktion
vermieden.

Der Ausgleich sei bei den Steuern auf den entbehrlichen (?) Genuß
gesucht worden. Branntwein und Bier seien nicht mehr in Frage
gekommen. Es sei nur noch der Tabak geblieben. Man habe die
Frage entscheiden müssen, Monopol oder Beibehaltung der freien
Wirtschaft. Man sei zu einem Kompromiß gekommen, um nicht
Hunderttausende von Menschen, die selbständige Existenzen und
Steuerträger des Staates seien, wirtschaftlich zu vernichten. Die
Zigarette sei stärker als bisher herangezogen,
die Zigarette erneut belastet.

Der vorliegende Etat solle die Grundlage für die
Etats von 1932 und 1933 bilden.

Die Gesamtsumme der diesjährigen Ausgaben dürfe in den
kommenden Jahren nicht überschritten werden. Bei den
entsprechenden Gesetzen habe die Regierung eine Fassung gewählt,
durch die ein Eingriff in die Rechte des Parlaments und in das
Budgetrecht vermieden sei. Sollten Mehrbeiträge einkommen, so
würden sie zur Verminderung des Anleihebedarfs, zur Schulden-
tilgung oder zur Steuerentlastung zu verwenden sein.

Für Länder und Gemeinden sei gleichfalls angeord-
net, daß ihre Haushaltspläne in den Jahren 1932 und
1933 die Gesamtsummen ihrer Haushaltspläne von
1931 nicht überschreiten dürften.

Kein Etat sei bei den Einsparungen geschont worden.
Eine besonders unpopuläre Maßregel sei die Gehalts-
senkung.

Die Beamten hätten das gleiche Schicksal wie die Arbeiter- und
Angestelltenchaft. Man habe sich bei der Neuordnung des Be-
soldungswesens im Jahre 1927 in der Leistungsfähig-
keit Deutschlands getäuscht. Damals sei auch die Be-
stimmung getroffen, daß die Gehaltsbemessung widerruflich sei. Der
Finanzminister ging dann auf das Sinken des Lebens-
haltungsindezes ein und sprach die Hoffnung aus, daß der
Realbezug der Beamten schließlich doch erhalten bleibe.

Dann beschäftigte er sich mit den entsprechenden Maßnah-
men bei Ländern und Gemeinden und erklärte, daß
ihm nichts ferner liege als die Gemeinden unter Kuratel zu
stellen. Die Bestimmung, die Gemeinden zu zwingen, Mißstände
in der Uebersteigerung der Gehälter abzustellen, sei fortgelassen
worden, da eine solche Vorschrift verfassungswidrig gewesen
wäre. Das Penfionskürzungsgesetz liege dem Hause vor.

Die wesentlichste Bestimmung in der
Senkung der Realsteuern

bestehe darin, daß sie im Jahre 1931 nicht erhöht werden dürften.
Künftige weitere Ersparnisse seien im Abbau der Verwaltungs-
ausgaben des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums zu
finden. Der Finanzminister gab dann die Zahlen über die Steuer-
vereinfachung bekannt und erklärte, daß dem Reich an Steuern
ungefähr 100 Millionen verlorengehen würden, die aber bei den
Verwaltungskosten wieder eingespart werden könnten.

Dann kam der Minister auf die Kapitalflucht, auf die beab-
sichtigte Steueramnestie zu sprechen und erklärte dabei, daß mit
Gewaltmaßnahmen gegen die Kapitalflucht wenig oder gar nichts
zu erreichen sei.

Die Lage der Kasse ergebe folgendes Bild: Die auf 10,3 Mil-
liarden veranschlagten Einnahmen seien in den ersten sieben Mo-
naten des laufenden Budgetjahres mit 5,7 Milliarden eingekom-
men. Die Kasse habe am 1. Dezember, einschließlich der Betriebs-

Das Wichtigste

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat beantragt: Der Reichstag
möge beschließen: Die Reichsregierung besitz nicht das Vertrauen
des Reichstages.

Die am Mittwoch im Wortlaut bekannt gewordene deutsche Protest-
note gegen Polen hat in Genf allgemein einen unerwartet starken Ein-
druck hervorgerufen. Man hatte bisher nicht angenommen, daß die
deutsche Regierung derartig umfangreiches Material auf das schwerste
belastendes Anlagematerial vorbringen würde. Die deutsche Pro-
testnote zu den Vorgängen in Oberschlesien ist nunmehr amtlich auf
die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundes gesetzt
worden. Präsident der Januartagung des Völkerbundes ist der alphabeti-
schen Reihenfolge nach das deutsche Reich mitzuzählen.

Die amerikanische Familie Rockefeller hat für die Arbeitslosenhilfe
1 Million Dollar gestiftet.

Am Mittwoch riefen in Leningrad 2 vollbesetzte Straßenbahnwagen
zusammen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden über
10 Personen getötet und 23 zum Teil schwer verletzt. — Nach einer
ergänzenden Meldung Berliner Blätter sind 28 Personen getötet.

Kredite bei der Reichsbank, einen verfügbaren Stand von 400 Mil-
lionen Mark.

Kassenschwierigkeiten seien nicht zu befürchten.

Zurückgezahlt seien Ueberbrückungskredite und Auslandskredit, die
letzte Rate des Bankkredits werde im Dezember zurückgezahlt
werden.

Lehte und schwerste Aufgabe sei die Ordnung des finan-
ziellen Ausgleichs zwischen Reich, Ländern und
Gemeinden. Einen endgültigen Finanzausgleich könne man
erst dann aufstellen, wenn das Steuervereinfachungsgesetz feststehe.
Sowohl die direkten wie indirekten Steuern in
Deutschland seien auf das höchste Maß ange-
spannt. Weitere Ersparnisse seien nur bei einer Verringerung
der zu lösenden Aufgaben möglich. Die Gefahrenmomente im
Etat seien beseitigt.

Die Sicherung der Finanzen werde unseren Kaufleuten und
Industriellen das Arbeiten auf dem Weltmarkt erleichtern.
Besserungsmöglichkeiten sah der Finanzminister in den sinkenden
Rohstoffpreisen. Er sprach die Hoffnung aus, daß es möglich sein
werde, das nötige Kapital zu schaffen. Die Reichsregierung habe
alles vermieden, was mit der Befassung in
Widerspruch stünde. Es sei bedauerlich, daß die Regierung
zu einer Notverordnung hätte greifen müssen. Er bat den Reichs-
tag, sich die Frage zu überlegen, wor in erster Linie die Schuld
daran trage. Der Reichstag möge unter Berücksichtigung dieser
Gedankengänge an die Erledigung dieses Etats herangehen.

Nach der Rede des Reichsfinanzministers vertagte sich der
Reichstag auf Donnerstag.

Die deutsche Protestnote an den Völkerbund.

Wegen des polnischen Terrors in Ober-
schlesien.

Die deutsche Protestnote wegen der Terrorakte gegen die
deutsche Minderheit in Oberschlesien ist nunmehr der Öffent-
lichkeit übergeben worden. Das Schriftstück beginnt mit einem
Anschreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes,
Drummond, in dem der Reichsaußenminister darauf hinweist,
daß in Polnisch-Oberschlesien in letzter Zeit Gewalttaten gegen
die deutsche Minderheit geschehen sind, die eine flagrante
Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention
vom 15. Mai 1922 darstellen. Gemäß Artikel 72 Absatz 2 der
Konvention lenkt die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit
des Völkerbundes auf diese Vorgänge.

Das Schriftstück selbst enthält auf 18 Schreibmaschinen-
seiten die einzelnen Beschwerden mit genauen Unterlagen.
Eine Anlage gibt in Uebersetzung ein Wahlplakat des Ver-
bandes schlesischer Aufständischer wieder, in dem in der wüsten-
sten Weise gegen die Deutschen, die „unser Erbfeind, der raub-
gierige Kreuzritter“ genannt werden, gehetzt wird. Eine
zweite Anlage enthält ein Wahlplakat des polnischen West-
markenvereins, in dem es heißt: „Jeder Schlesier und jede

